

Quelle: Die Zeit

© Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG

POLITIK, Leitartikel

Die Banken endlich verstaatlichen?

Bloß nicht, sagt Josef Joffe: Der Kauf maroder Kreditinstitute wäre die Absolution für Finanzakrobaten und eine Todsünde gegen die Marktwirtschaft

* Josef Joffe *

Schlimm genug ist schon »Vater« Staat, der nur unser Bestes will. Schlimmer aber ist die Allmacht, die wir selber herbeisehnen - wie in dieser fürchterlichen Krise, da »Staat, Staat und noch mehr Staat« die einzige Rettung zu verheißen scheint. Die Verstaatlichung der Banken sei der letzte Schuss im Lauf. Doch ist Panik ein schlechter Ratgeber. Wer aus der Panik heraus handelt, denkt nicht mehr über Folgen nach; wer wähnt, keine Wahl mehr zu haben, wird blind für alle anderen Auswege.

»Verstaatlicht die Banken« ist ein Schrei der Verzweiflung, der den kühlen Kopf überwältigt. Wir sollen uns um die Marktwirtschaft sorgen, wenn wir schon über dem Abgrund baumeln? Die Antwort muss lauten: Jetzt erst recht. Denn mit der Marktwirtschaft (die in Deutschland »Kapitalismus« heißt und nie eine gute Presse hatte) verhält es sich wie mit der Freiheit insgesamt: Beide sind ständig in Gefahr, auf dem Altar der Sicherheit geopfert zu werden.

Und dem der Staatsgläubigkeit: Nach dem Desaster der Landesbanken kann im Ernst niemand für Staatsbanken plädieren. Erstens waren deren Pleitiers genauso »gierig« auf flotte Renditen wie ihre kapitalistischen Brüder. Siehe auch die französische Staatsbank Crédit Lyonnais, deren Vetterwirtschaft und Großmannssucht den Steuerzahler 15 Milliarden Euro kosteten, bevor sie 2000 privatisiert wurde. Zweitens kommt bei Staatsbanken

ein Sonderrisiko hinzu: Weil der Politik untertan, dienen sie auch der Politik. Diese Wählergruppe oder jenen Parteigranden zu befriedigen mag wichtiger sein, als die Rendite zu mehren.

Selbst in den USA, im Lande des »Raubtierkapitalismus«, gerieten die quasistaatlichen Hypothekenbanken Fannie Mae und Freddie Mac in den Sog der Politik, die ihnen auftrag, möglichst viel Wohneigentum durch möglichst viele Hypotheken zu schaffen, ohne dabei die Bonität der Kunden allzu scharf zu beäugen. Die beiden gehören zu den Schuldigen dieser Krise. Der Staat ist also weder gegen Dummheit noch Eigensucht gefeit, auch wenn Hegel und Epigonen den Deutschen eingeredet haben, der Staat sei die höchste Form der Sittlichkeit und Vernunft.

Also nichts tun? Natürlich nicht. Aber es gilt die Konsequenzen zu bedenken. Wenn der Bund die größten Banken verstaatlicht, gefährdet er schon mal all jene Banken, die verantwortungsvoll gewirtschaftet haben und nun auf einem Markt überleben müssen, wo die »Bundes-Hypo« und »Staats-Commerz« die günstigeren Konditionen anbieten, weil voll abgesichert.

Zweites Problem: der Staat als Oberster Verleiher. Von diesem Geschäft versteht er nichts, und außerdem öffnet er der Begünstigung Tür und Tor; da wiegt das politische schwerer als das

kommerzielle Geschäft. Die Ökonomen warnen hier vor einer gigantischen Fehlallokation von Kapital. Drittens die Kosten: Diese lassen sich am Beispiel der US-Banken beziffern. Die Top Ten haben ein Eigenkapital von 800 Milliarden Dollar; Verstaatlichung und Rekapitalisierung würden 2000 Milliarden kosten - zweieinhalbmal so viel, wie Obamas Konjunkturprogramm kostet.

Schließlich die Exit-Strategie: Es heißt, Verstaatlichung sei bloß ein Notnagel, der rasch der Reprivatisierung anheimfallen werde. Wie hoch das Privatisierungstempo ist, das zeigen VW-Gesetz, Post und Bahn.

Was bleibt? Eine Vorstufe der Verstaatlichung ist die »Bad Bank« unter öffentlicher Ägide, die den Problembanken ihre faulen Kredite und Nichts-mehr-wert-Papiere abnimmt, damit sie mit »entgifteten« Bilanzen wieder ins Kreditgeschäft einsteigen. Das wäre »Stamokap«: Der Staat rettet die Privaten vor den Folgen ihres Wahnwitzes. Und das mit Summen von geschätzt 200 bis 1000 Milliarden Euro. Und wie viel soll der Staat für den »Giftmüll« bezahlen? Zurzeit ist der Wert gleich null, weil niemand ihn haben will.

Schlimmer als Verstaatlichung, argumentieren die Verfechter, sei der Bankrott einer Großbank und ihre gigantischen Folgen. Andererseits: Das Grundproblem ist die »Zombie-Bank« - so der US-Nobelökonom Paul Krugman. Der

Quelle: Die Zeit

© Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG

Staat dürfe in seiner Güte keine tote Bank künstlich beatmen. Der Ausweg aus dem Dilemma: Wer es nicht allein schafft, soll, ja muss Hilfe kriegen, aber bitte auf Gegenseitigkeit. Da der Staat nicht selber zum Pleitier werden darf, bezahlt er nicht mit Barem, sondern mit unverzinsten Bundesobligationen, die erst in zehn oder zwanzig Jahren eingelöst werden können, wenn sich die Giftpapiere wieder erholt haben. So der kluge Vorschlag des Münsteraner Ökonomen Ulrich van Suntum.

Der Vorteil: Der Giftmüll ist weg; auf der Aktiva-Seite kann die Bank mit hochsoliden Staatspapieren Bonität beweisen. Hübsch dabei wäre die ausgleichende Gerechtigkeit. Bei null Zinsen sinkt natürlich die Eigenkapitalrendite - eine pädagogisch wertvolle Strafe, welche die Bank lehren wird, wieder solide zu wirtschaften. »Damit«, schreibt Suntum, »würden anstelle der Steuerzahler genau diejenigen zu Kasse gebeten, die in einer Marktwirtschaft die Verantwortung für Verluste zu tragen haben, nämlich die Eigentümer der Banken.« Freilich nicht in einem

mörderischen Schlag, sondern über zehn, zwanzig Jahre verteilt - ein Fegefeuer, nicht die Hölle.

Dagegen wäre die Verstaatlichung, also der Kauf maroder Banken durch den Bund, nicht nur eine Todsünde gegen die Marktwirtschaft, sondern auch eine Absolution für jene Finanzakrobaten, die sich für jeden Euro Eigenkapital 30 Euro Fremdgeld geholt haben. Und eine Belohnung für jene Gierhalse, die ihnen die 30 Euro geliehen haben.